



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/206 - 7. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 888 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Soll das Grundgesetz nicht gelten?	S. 1
Poujades "Tour de France"	S. 3
Problem des Bundesgrenzschutzes von H.G.Ritzel, MdB.	S. 5
Unzuverlässige SPD?	S. 7

Die D-Mark rollt in die Kassen der CDU

U.U. In der grössten Regierungspartei unseres Landes, der Christlich-Demokratischen Union, gibt es einen Mann, dessen Hobby es sozusagen ist, für seine Partei Geld zu besorgen. Er heisst Ernst Bach und bezeichnet sich gerne, wie der "Spiegel" zu berichten weiss, als "den ungekrönten König von Westfalen", denn er ist Oberbürgermeister der schönen Stadt Siegen.

Herr Bach betreibt eine Zeitung, die sich "Wirtschaftsbild" nennt und die eigene zu dem Zweck gegründet wurde, interessierten Wirtschaftskreisen eine Möglichkeit zur Finanzierung der CDU zu geben, ohne dies nach aussen erkennbar werden zu lassen. Das ist nur einer der vielen Wege, den die Christliche Partei in unserem Staat einzuschlagen gezwungen ist, wenn sie sich erfolgreich in den Widerwärtigkeiten der bösen Welt behaupten will. Die Förderergesellschaften der Wirtschaft unterstützen sie dabei nach Kräften. Das "Wirtschaftsbild" ist auch insofern interessant, als es seine Bezieher mit Informationen über geplante Massnahmen der CDU im Bundestag oder über die Absichten der Regierung versorgt, noch ehe diese Dinge der Öffentlichkeit bekannt werden. Die CDU, so behauptet jedenfalls der Geschäftsführer des Herrn Bach, legt sich dabei grösste Zurückhaltung auf. Bevor man an einen hohen Ministerialbeamten in Bonn mit der Bitte um Informationen herantritt, legt man ihm zunächst die Frage vor, ob er überhaupt etwas über

seine Arbeit sagen dürfe. Der Staatsbürger hat also, so hören wir, keinen Grund zur Beunruhigung.

Was aber bedeutet das alles? Im Grundgesetz der Bundesrepublik gibt es eine Vorschrift, die alle politischen Parteien dazu verpflichtet, über die Herkunft ihrer Gelder öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die SPD ist die einzige Partei, die sich an diese Bestimmung der Verfassung hält, auch ohne dass sie bisher durch ein Gesetz näher umschrieben worden wäre. Ein solches Gesetz über die Parteien und ihre Finanzierung wird seit Jahren in Bonn angekündigt, aber immer wieder verzögert. Der Bundesinnenminister hat zwar vor einigen Monaten eine Kommission von angesehenen Wissenschaftlern berufen, die dem Ministerium Vorschläge für die gesetzliche Regelung des Parteiwesens machen sollen, aber diese Bestrebungen haben bis heute zu nichts geführt.

Die Offenlegung der Parteifinanzien ist nicht nur aus Gründen der Sauberkeit des politischen Lebens und mit Rücksicht auf die eindeutige Vorschrift unserer Verfassung notwendig. Im Grundgesetz steht weiter geschrieben, dass jeder Staatsbürger das Recht auf uneingeschränkte Information hat. Dieses Recht wird jedoch praktisch weitgehend eingeschränkt, wenn es möglich ist, dass politische Parteien einen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben, der nicht der sachgemässen Information, sondern ausschliesslich der Verbreitung ihrer eigenen Ansichten dient. Es gibt kein demokratisches Land auf der Welt, in dem z.B. der Regierungschef über jährlich mehr als 2 Milliarden DM für "Informationszwecke" verfügen kann, ohne dem Parlament oder der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Verwendung dieser Mittel geben zu müssen.

Die "schwarzen Kassen" des gegenwärtigen Bundeskanzlers sind nicht eine Angelegenheit die nur die SPD berührt. Hier geht es um die Frage, ob die junge deutsche Demokratie ernst machen will mit ihrer Grundforderung, die verfassungsmässig garantierten Rechte der Bürger zu gewährleisten. Geld gegen Überzeugungen einzusetzen, hat sich auf die Dauer in der Geschichte noch nie bezahlt gemacht. Das sollte eine Partei, die sich dem Christentum in besonderer Weise verpflichtet fühlt, eigentlich wissen.

"Der Poujadismus marschiert"

l.o.- Paris

Gespannt wie die Welt die politische Entwicklung um den Suezkanal verfolgt, scheint sie vergessen zu haben, dass in Frankreich selbst nach wie vor eine Bewegung besteht, die in den letzten Monaten - trotz Suez und Algerien - an Umfang eher gewonnen, als verloren hat, nämlich der Poujadismus. Pierre Poujade und seine Mannen sind jedoch weiterhin nicht nur äusserst aktiv, sondern "der Chef", d.h. Poujade selbst, hat sich auf eine "Tour de France" begeben, die den Anlass zu wütenden Zusammenstössen und wilden Diskussionen gegeben hat. Der Zulauf zu seinen Versammlungen scheint oft enorm gewesen zu sein.

Der Ablauf der grossen Treffen ist nach bekannten Vorbildern inszeniert - Gesang, Wachen, Musik bevor der "Chef" erscheint - nur wird dieser Diktator in spe beinahe überallhin von seiner ehrgeizigen und keinesfalls witzlosen Frau begleitet - immerhin eine neue Nuance. Im übrigen ist sein Ton so aggressiv wie je. Es gibt nichts in dieser Vierton Republik, das er nicht aufs Heftigste angriffe, keinen nicht-poujadistischen Politiker, dem er nicht die tollsten Beschuldigungen entgegenhielte. "Der Poujadismus marschiert", schreit er in höchster Ekstase und die Masse jubelt.

Die grossen ausländischen Firmen, schreit Poujade (niemals sagt er in seiner Verzückung "ich", stets spricht er von sich als Poujade), zahlen keine Steuern, erfreuen sich besonderer Privilegien, stecken mit den politischen Leitern unter einer Decke - gleichviel, wer gerade regiert. Darum wird das Leben täglich teurer. Darum muss der kleine Mann an den Steuern verbluten. Darum ist der kleine Händler, der kleine Landwirt, der kleine Handwerker den Gaunern ausgeliefert.

"Hat man uns nicht erzählt, es gibt in Algerien nur sieben- bis achttausend Fellagas (Aufständische)? Und um die auszumerzen muss man 400 000 kleine Franzosen nach Algerien schicken?!" In Wirklichkeit, so brüllt der "Chef" in der Saal, in Wirklichkeit gehe es darum, Südalgerien den Anglo-Amerikanern in die Hände zu spielen, um Frankreich zu verhindern, die reichen Bodenschätze, das Öl vor allem, in Südalgerien auszunutzen... Gaunereien und Betrügereien überall. Dieser Staat, brüllt Poujade, ist verrottet: "Wir wollen nicht dem Regime, nicht der Republik an den Hals, sondern den Privilegien!" Er, Poujade, werde seine Pflicht tun, seine Pflicht als Bürger, als Veteran und als Vater

einer zahlreichen Familie, er werde die "Generalstände" zusammenrufen und diesen Staat ein Ende bereiten. Die Kommunisten sagten ihm nach, schreit er, für die faschistische Regierung des Marschalls Pétain zu Vichy eingetreten zu sein, ihm, dem Patrioten wage man, dergleichen vorzuwerfen, und wer ist es, der das wagt: Die KP, deren Vaterland Russland heisst, die fremden Befehlen folgt und deren Aufgabe es ist, Frankreich zu unterhöheln.

Vorbild Hitler

Gelegentlich wagt es ein Präfekt, Pougades Versammlung zu verbieten. Gelegentlich kommt es zu Zusammenstössen mit Gegnern, besonders mit Kommunisten oder Mitgliedern der kommunistisch geführten Gewerkschaften. Gelegentlich übertreibt Pougade die eigene oratorische Leistung, so dass seine Zuhörer ermüden. In Ganzen aber hat er deutlich an Anhängern keinesfalls verloren, sondern eher gewonnen. Die ständig steigenden Preise, die nicht enden wollenden Kämpfe in Algerien, die Erhöhung von Steuern und Abgaben helfen ihm ebenso wie Inflationsfolgen und Arbeitslosigkeit einst seinem Vorbild Hitler helfen.

Nach wie vor sagt der "Chef" nicht, wie der Staat aussähe, wenn er ihn neu zu formen hätte. Nur, dass er die "Generalstände" einberufen würde, wiederholt er immer wieder, die Centralstände, von denen viele seiner einfachen Hörer nicht ganz genau wissen, was sie wirklich waren. Eigentlich, soviel wissen sie, waren es die gewählten Vertreter des Adels, der Geistlichkeit und der Städte, bis an die Stelle der Generalstände durch die Grosse Revolution die Nationalversammlung gesetzt wurde... vor mehr als anderthalb Jahrhunderten. Dass für Pougade die Generalstände etwas anderes bedeuten, nämlich den Ständestaat nach dem Vorbild des österreichischen Unglückskanzlers Dollfus, wird ihnen erst langsam klar. Und die Mehrheit derer, die ihn verstehen, hat nichts dagegen einzuwenden.

Denn es imponiert ihnen, dass "Pougade" nun schon weit mehr ist als ein Familienname, dass es jetzt einen internationalen Pougadismus gibt, dass der "Chef" bei den Pougadisten im Ausland die gleiche Rolle spielt wie Hitler sie bei den verschiedenen Quislings spielte, und dass Pierre keinesfalls etwa antikirchlich eingestellt ist, sondern nach Rom zum Papste reiste. Das genügt ihnen. Das berauscht sie. Es wird weniger Steuern geben, und die grossen Firmen werden nichts zu sagen haben. Und ganz gewiss weiss der "Chef" wie man Algerien Frankreich erhalten und das Kolonialreich konservieren kann. Ist er erst an der Macht, so wird er es tun, glauben sie. Und sie glauben es, weil die Törichtern auf dieser Erde nicht aussterben. * * * - 5 -

Wehrpflicht und Polizeidienst

von H.G. Ritzel, M. d. B.

Als die Bundesrepublik vor mehreren Jahren den Bundesgrenzschutz mit zunächst 10 000 Mann aufstellte, gab die Bundesregierung den alliierten Mächten die Zusicherung ab, es werde sich bei den Formationen des Bundesgrenzschutzes keinesfalls um eine militärische Organisation handeln. Natürlich musste die Ausbildung des Bundesgrenzschutzes wegen seiner, über die normalen Polizeifunktionen hinausgehenden Aufgaben einen gewissen militärischen Charakter annehmen. Die Wesensart eines Grenzschutzes wird in der Praxis nicht zuletzt von dem Charakter der an der Landesgrenze gegenüberliegenden Truppe bestimmt. Der Bundesgrenzschutz der Bundesrepublik Deutschland soll die Grenzen der Bundesrepublik entlang der Grenze der Sowjetzone beschützen. Dort steht die zahlenmässig weit stärkere Volkspolizei der Sowjetzonenregierung. Sie ist mehr als der Bundesgrenzschutz militärisch organisiert und ausgerüstet.

Auch nach der Vernehrung der Zahl der Bundesgrenzbeamten auf nominell 20 000 blieb der Bundesgrenzschutz im Vergleich zur Volkspolizei in einer unverhältnismässigen Schwäche. Angesichts der Ausdehnung der Sowjetzongrenze kann auch von einer ausreichenden Betreuung der Bundesgrenzen entlang der Sowjetzongrenzen nicht gesprochen werden. Umso bedauerlicher ist es, dass die Verwendung des Bundesgrenzschutzes nicht in allen Teilen entsprechend der Aufgabe, die dieser Polizeiformation gestellt ist, erfolgte. Schon die Stationierung des Bundesgrenzschutzes im Innern der Bundesrepublik entsprach nicht dieser Aufgabe. Noch weniger wurde der Bundesgrenzschutz seiner Aufgabe gerecht, wenn er in Hundertschaften zum Empfang irgendwelcher ausländischer Staatspersönlichkeiten eingesetzt wurde oder vor dem Bundeskanzlerpalais in Bonn Wache schob oder noch schiebt.

Die Verwendung eines Teils des Bundesgrenzschutzes als Passkontrolldienst an ca. 60 Grenzübergängen der Bundesrepublik hat im Bundestag schon wiederholt scharfe Kritik gefunden. Die Mehrheit des Bundestages hat sogar seine Möglichkeit, 670 Stellen für diese Art von Passkontrolldienst einsparen zu lassen, ausgeschlagen, so dass der Steuerzahler überflüssigerweise auf die Dauer mit 670 dieser Stellen belastet bleibt. Den Angehörigen des Bundespasskontrolldienstes böten sich -6-

zudem im Zolldienst weit bessere Aufstiegsmöglichkeiten.

Besonderes Interesse gewann aber die Situation des Bundesgrenzschutzes mit einem Übergang eines Teils seiner Bestände an die neuen deutschen Streitkräfte. Es ist nützlich, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass der Bundeskanzler Dr. Adenauer seinerzeit in einem Schreiben an den Innenminister Dr. Schröder auf die Notwendigkeit hingewiesen haben soll, die Aufstellung der deutschen Streitkräfte, also des eigentlichen deutschen Militärs, mit Hilfe des Bundesgrenzschutzes zu beschleunigen. Es sollten vor allem jüngere Offiziere und Unteroffiziere aus dem Bundesgrenzschutz herangezogen werden. Man hat damals die Hoffnung gehabt, dass der ganze Bundesgrenzschutz zu der Streitkraft des Bundesverteidigungsministers übergehen werde. Diese Hoffnung hat getrogen. Etwa die Hälfte der Angehörigen des Bundesgrenzschutzes lehnt die militärische Dienstleistung in der Bundeswehr ab, sie will lieber beim Bundesgrenzschutz bleiben.

Das Bestreben des Bundesinnenministers geht nun dahin, den Bundesgrenzschutz wieder auf 20 000 Mann aufzufüllen. Das wäre nur dann vertretbar, wenn der Bundesinnenminister seinerseits die Zusicherung gibt, dass der Bundesgrenzschutz wirklich nur für seine ureigenste Aufgabe verwendet wird, also beispielsweise die verbleibenden 670 Stellen des Bundespasskontrolldienstes in Wegfall kommen. Es ist nicht uninteressant, dass seit der Annahme des Wehrpflichtgesetzes im Bundestag die Zahl der Meldungen zur Auffüllung des Bundesgrenzschutzes erheblich zugenommen haben soll. Das wäre ein erfreuliches Zeichen. Polizeidienst ist etwas anderes als Militärdienst und vielleicht zeigt sich hier für die zukünftige Entwicklung ein echter Ansatzpunkt für die Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland in Wahrung seiner eigenen Sicherheit zu tragen hat. Man sollte das Problem des Bundesgrenzschutzes in der Bundesrepublik künftig mit etwas anderen Augen sehen, als es gesehen werden musste, solange die Frage einer neuen deutschen Wehrmacht nicht in dieses aktuelle Stadium getreten war, in dem sie sich heute befindet.

* *

Dr. Dehler, die FDP und allerlei Umfragen

s. Allerlei Umfragen sind in den letzten Wochen veranstaltet worden. Umfragen, die auch skurrile Ergebnisse hatten, wenn man die Antworten miteinander verbindet. So sollen sich, nach einer Umfrage, die die Bundesregierung offenbar in Auftrag gegeben hatte, die Mehrzahl der Bundesbürger für die Wehrpflicht ausgesprochen haben; wiederum sind 73 Prozent der Bundesbürger der Ansicht, dass ein Zivilanzug den Männern besser steht als eine Uniform. - Wird nun nun auf die Einkleidung der Wehrpflichtigen verzichtet?

Um also zu den richtigen Schlussfolgerungen zu kommen, muss man die Tatsachen, die hinter den Umfrageergebnissen stehen, richtig beurteilen. Das gilt zum Beispiel für die Freien Demokraten. Ihre Parteikorrespondenz hat eine Umfrage über die ausserpolitischen Grundansichten der westdeutschen Bevölkerung ausgewertet. 39 von hundert Befragten haben sich für die Bindung Deutschlands durch Pakte nach Osten und Westen ausgesprochen. Diese 39 Prozent möchte die FDP gern für sich reklamieren, denn der SPD wird bei der Auswertung der Zahlen unterschoben, Anhänger des "neutralen Beiseitstehens" zu sein, für das sich allerdings immerhin 27 Prozent der Befragten gegenüber den noch aufgezeigten Möglichkeiten (Bindung an den Westen, 21 Prozent und Bindung an den Osten, 7 Prozent) ausgesprochen haben. Dabei ist der Gedanke, dass Deutschland sich in einem europäischen Sicherheitssystem nach beiden Seiten binden sollte, zum ersten Mal einige Wochen vor der Bundestagswahl 1953 vom SPD-Abgeordneten Eiler geäußert worden. Seine Idee ist es, die sich im deutschen Volk durchsetzt. Eine Zustimmung der Freien Demokraten wurde damals leider vermisst.

Auch Dr. Dehler hat sich in einer Rundfunkrede mit einigen Umfrageergebnissen beschäftigt. 44 Prozent eines befragten Personenkreises hätten sich für ein Mehrparteiensystem ausgesprochen, in dem mindestens jeweils zwei die Regierung bilden müssen. Daraus zieht Dr. Dehler den Schluss, dass sich die Bundesrepublik zum Dreiparteiensystem hin entwickle. Das trifft zu, hier ist die Auswertung der Umfrage also richtig. Zu eng dagegen erscheint es uns, wenn Dr. Dehler als Beispiel für eine Entscheidung, bei der die CDU nicht mehr auf dem verlorenen Führungsanspruch als stärkste Partei, SPD 37,4; CDU 37,2 Prozent, bestehen sollte, nur die Moskauraise des Bundestages anführt. Die Zustimmung, die die Oppositionsparteien finden, rührt nicht nur von der Aussenpolitik her, für die sie eintreten. Auch das innenpolitische Programm der CDU wird abgelehnt. Die Zahlen hierfür können jederzeit erbracht werden.

Ganz unverständlich aber erscheint es uns, dass Dr. Dehler "Gefahren" sieht, weil sich die politische Lage in der Bundesrepublik durch das Gleichziehen von SPD und CDU bei den letzten Meinungsumfragen verändert habe. Besteht denn wirklich die "Gefahr", dass die SPD durch Zuwachs von KP-Stimmen ihren Kurs verschärft? Dagegen ist zweifellos nicht die beste Gewähr des Bestehens einer dritten Kraft, nämlich der FDP (so meint es Dr. Dehler) dage en schützen die Sozialdemokraten ihre freiheitlichen und demokratischen Traditionen und ihre eigene Wachstumsfähigkeit.

Sind die Argumente des Bundeskanzlers, der die SPD schon immer als "unzuverlässig" diffamierte, plötzlich zutreffend, wenn sie Herr Dr. Dehler ins Konzept passen? Nicht vor den Radikalismus der Sozialdemokraten, vor den Unterstellungen der anderen muss gewarnt werden, weil der Ruf der Unzuverlässigkeit die grösste Gruppe im Volk beleidigt und den Ganzen nach innen und aussen schadet.